

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.03.2024

Inhalt

EWN

1 Zahl der Arbeitslosen in MV steigt leicht <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 01.03.2024</i>	3
2 Atomausstieg hat nichts mit hohen Stromkosten zu tun <i>Welt.de, 29.02.2024</i>	4
3 Rückbau des AKW Krümmel verzögert sich immer weiter <i>abendblatt.de (Hamburger Abendblatt), 01.03.2024</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 01.03.2024 | S. 17

📄 Auflage: 24.096 | Reichweite: 79.409

👤 Maja Göpel

Zahl der Arbeitslosen in MV steigt leicht

Die Arbeitslosenzahl in MV steigt im Februar im Vergleich zum Vormonat - allerdings nur unwesentlich. Etwas deutlicher ist der Unterschied im Jahresvergleich.

Die Zahl der Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern ist leicht gestiegen. Im Februar waren 70 500 Menschen ohne Job und damit rund 400 mehr als im Januar. Die Arbeitslosenquote liegt im Februar damit wie im Monat zuvor bei 8,6 Prozent, wie die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit am Donnerstag mitteilte. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Zahl der Arbeitslosen um 2100, die Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte.

Der leichte Anstieg der Arbeitslosenzahl lasse sich auf den Arbeits- und Fachkräftemangel zurückführen, äußerte Markus Biercher, Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit. „Einerseits halten sich die Betriebe bei Neueinstellungen zurück, andererseits sind sie aber dennoch bereit, ihre Beschäftigten zu halten, da sie wissen, dass qualifizierte Arbeitskräfte nur schwer zu gewinnen sind. Geringqualifizierte hingegen hatten es noch nie so schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.“

Biercher bezeichnete den Arbeitsmarkt in MV trotz schwieriger Rahmenbedingungen als „insgesamt weiterhin robust“. Das zeigt sich den Angaben zufolge auch hinsichtlich der Kurzarbeit. Diese bewege sich auf geringem Niveau und sei annähernd vergleichbar mit der Vor-Corona-Zeit, sagte eine Sprecherin.

Eine deutliche Spaltung bei der Beschäftigung zeigt sich laut der Sprecherin mit Blick auf die Branchen. Seit Monaten schwächeln beispielsweise der Handel, das Baugewerbe und das verarbeitende Gewerbe, wie sie sagte. Es gebe aber auch „Gewinnerbranchen“ - dazu gehören demnach das Gesundheits- und Sozialwesen, der Bereich IT und Kommunikation und Dienstleistungsberufe. Mit Blick auf den März erwartet die Sprecherin, dass die Arbeitslosenzahl „aufgrund einer hoffentlich einsetzenden Frühjahrsbelebung“ wieder nach unten geht. Dies wäre auch der saisonal typische Verlauf. Die Personalnachfrage lag den Angaben zufolge im Februar mit einem Minus von 1700 Stellen deutlich unter dem Niveau des Vorjahrs.

 Welt.de | 29.02.2024 WEBLINK

Atomausstieg hat nichts mit hohen Stromkosten zu tun

Freunde der Kernkraft betonen gerne, wie klimafreundlich, sauber und günstig Atomstrom ist. Diese Meinung ist aber keinesfalls unumstritten. Die Masse der Experten sieht es völlig anders.

Anders als von Teilen der Staatsregierung immer wieder behauptet hat der Atomausstieg im vergangenen Jahr nicht die Stromkosten in Bayern verteuert. "Der Atomausstieg hat überhaupt keine preisliche Auswirkung auf den Strommarkt", teilte Norbert Zösch, Geschäftsführer der Stadtwerke Haßfurt, am Donnerstag im Umweltausschuss des bayerischen Landtags mit. Atomkraftwerke hätten volkswirtschaftlich gesehen sogar die größten Erzeugungskosten, hieß es zudem in der Stellungnahme des Verbraucherservice Bayern. "Lediglich durch die staatliche Subventionierung konnte Atomstrom zu wettbewerbsfähigen Preisen gehandelt werden."

Viele Kritiker des Atomausstiegs, darunter CSU-Chef Markus Söder, Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger sowie weite Teile von Union, FDP und AfD erklären immer wieder, dass Deutschland nur mit der Nutzung der Kernenergie dauerhaft niedrige und verlässliche Energiepreise haben kann. Auch die Bundesnetzagentur hatte aber im vergangenen Jahr bereits die Sorge für unnötig erklärt, dass die Strompreise in Deutschland steigen, seit die letzten Atomkraftwerke vom Netz sind.

Neben Zösch ("Der Ausbau der Erneuerbaren wirkt eindeutig preisdämpfend") sprach sich auch die Verbraucherzentrale Bayern ausdrücklich für eine erneuerbare Energieversorgung aus - sie befürworte "grundsätzlich einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien und den damit einhergehenden notwendigen Ausbau der Netzinfrastruktur". Die beschlossenen Klimagesetze der Bundesregierung und des Freistaats Bayern bildeten dabei auch für private Haushalte die

Basis für zukunftsstragende, verlässliche Entscheidungen und Entwicklungen. Für die Zukunft sei es wichtig, dass die Preise für private Haushalte kalkulierbar und stabil seien. Dazu müssten die Netzentgelte gerecht aufgeteilt werden, die Verbraucher dürften nicht die Hauptlast schultern. Chancen böte hier die Digitalisierung des Strommarkts mit variablen Tarifen.

Eva Fuchs, Vorstandsvorsitzende des Verbraucherservice Bayern, betonte, es sei wichtig, dass die Verbraucher klar verstünden, wie Kosten in der Energieversorgung entstünden. "Die Preise müssen fair und transparent sein", sagte sie. Die Nutzer müssten leicht zwischen den Angeboten und ihren Bedürfnissen wählen können. Die aktuell hohen Energiepreise hätten zudem nur zu einem geringen Teil ihre Ursache in der Energiewende.

Heidemarie Krause-Böhm von der Verbraucherzentrale erklärte, es bedürfe für stabile Preise auch eine effiziente Regulierung der Energiemärkte. In Bayern seien die Preise zu Jahresbeginn zwar gesunken, es werde aber bereits wieder von einigen Anbietern über Preissteigerungen ab März gesprochen.

Einzig der von der AfD geladene Windkraftgegner Volker Tschischke vom Verein Vernunftkraft NRW versuchte in seinen Statements die Windenergie schlechtzumachen. Diese sei alles andere als eine saubere Energieform, das sei nur eine "Scheinwahrheit", da in den Anlagen Öl und auch radioaktive Stoffe verarbeitet seien. Zudem entstehe durch Windräder ein gesundheitsschädlicher Schall.

abendblatt.de (Hamburger Abendblatt) | 01.03.2024

Dirk Palapies

WEBLINK

Rückbau des AKW Krümmel verzögert sich immer weiter

Antwort auf Anfrage des FDP-Landtagsabgeordneten Christopher Vogt erklärt schleppendes Verfahren bei der Abwicklung des Kernkraftwerks.

Warum dauert es eigentlich so lange, bis das **Kernkraftwerk Krümmel** zurück gebaut werden kann, warum kann der **Zeitplan für die Stilllegung** nicht eingehalten werden? Das wollte der FDP-Landtagsabgeordnete Christopher Vogt wissen – und stellte eine **Kleine Anfrage**. Anlass dafür war ein Darin hieß es, dass man im Kernkraftwerk hoffe, einen Entwurf zum **Rückbau** bis zum Ende des ersten Quartals 2024 zu erhalten.

Vogt stutzte. Von der Landesregierung hatte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion vor einem Jahr etwas anderes gehört. für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur gesagt bekommen, dass die ausstehende Genehmigung zum Abbau bis Jahresende 2023 zu erwarten sei. Dies geschah nicht. Jetzt legte Vogt nach. Er wollte wissen, warum der genannte Zeitplan für die Stilllegungsgenehmigung nicht eingehalten werden konnte.

Zeitungsbericht sorgt für Anfrage: Warum konnte der Zeitplan nicht eingehalten werden?

Die Antwort aus dem Ministerium wirft ein weiteres Schlaglicht auf ein allgegenwärtiges Problem in Deutschland: kein Personal. „Die Prüfungen der umfangreichen Antragsunterlagen und Gutachten haben mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen in Anspruch genommen. Ein Grund hierfür ist der Personal- und Expertenmangel bei nahezu allen beteiligten Stellen. Abstriche bei atomrechtlichen Prüfungen zugunsten von Verfahrensbeschleunigungen würden Abstriche an der Sicherheit der Bevölkerung bedeuten. Dies wäre nicht verantwortbar“, heißt es in dem Schreiben.

Immerhin wird eine neue Frist in Aussicht gestellt: Der Entwurf der Genehmigung zu Stilllegung und Abbau des Kernkraftwerkes Krümmel würde voraussichtlich zu Ende März 2024 fertiggestellt sein, bekam Christopher Vogt zu erfahren. Aber das ist noch lange nicht das Ende des Prozesses. Es folgt die Versendung zur Anhörung an den Antragsteller, zur Behördenbeteiligung sowie an das Bundesumweltministerium.

Wie lange der Bund den Entwurf prüfen wird, ist nicht absehbar

Während für die Anhörung der Antragsteller und die Behördenbeteiligung sechs Wochen vorgesehen sind, ist die Zeitdauer der bundesaufsichtlichen Prüfung nicht absehbar. „Wie lange die Finalisierung der Genehmigung auf Grundlage der Ergebnisse dieser Überprüfung, Beteiligung und Anhörung dauert, wird von Umfang und Inhalt der Rückmeldungen abhängig sein“, erläutert die Antwort aus dem Ministerium das weitere Vorgehen.

„Die Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Christopher Vogt deckt sich mit den Erkenntnissen, die wir aus dem Verfahren selbst abgeleitet haben“, beurteilt der Referent für regionale Kommunikation Karsten Wulff vom AKW Krümmel das Geschehen. Der Fragesteller selbst ist sauer über die erhaltene Antwort. „Ich kann nicht nachvollziehen, dass die Genehmigung des Rückbauantrages in diesem Fall so unglaublich lange dauert“, sagt Christopher Vogt auf Nachfrage.

Schleppende Bearbeitung verzögert mögliche Nachnutzung und Impulse für die Region

„Das schleppende Bearbeiten des Antrages verzögert ja nicht nur den notwendigen Rückbau, geben könnte. Der lapidare Hinweis auf den allgemeinen Personalmangel erklärt nicht nachvollziehbar, warum die vom Umweltminister selbst genannten bisherigen Termine nicht eingehalten werden konnten. Ich erwarte von der Landesregierung endlich mehr Engagement in dieser Angelegenheit“, legt er mit seiner Kritik nach.

Brennelemente in der Nachbarschaft - was denken die Anwohner darüber?

Die 42 entfernten Brennelemente des benachbarten Standortzwischenlagers der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Für ein Endlager läuft weiterhin eine Standortuntersuchung. Somit

dürfte das Zwischenlager vor Ort noch auf Jahrzehnte hinaus bestehen.

Wie die Menschen im Umkreis solcher Zwischenlager über diese besondere Nachbarschaft denken, wollte die BGZ jetzt in einer Umfrage wissen. Ein unabhängiges Institut für Markt- und Sozialforschung befragte im Auftrag der BGZ insgesamt 3500 Einwohner in einem Radius von 25 Kilometern um die 16 deutschen Zwischenlagerstandorte. Für die BGZ erfreulich: Rund 70 Prozent der Befragten hielten für richtig, dass der Staat die Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland übernommen hat.

Ein Drittel der Befragten hält das Zwischenlager für ein „ziemlich hohes Risiko“

Fast 67 Prozent der Befragten aus der Region kennen das Zwischenlager Krümmel, knapp 47 Prozent halten es für notwendig, während knapp 34 Prozent in dieser Frage unentschieden sind. Betrachtet man die Ergebnisse aller Standorte, kennen zwei Drittel der Befrag-

ten die Zwischenlager in ihrer Region, rund die Hälfte hält sie für notwendig und rund ein Drittel ist in dieser Frage unentschieden.

Knapp 31 Prozent der Befragten halten das Zwischenlager Krümmel für ein „ziemlich hohes Risiko“, knapp 46 Prozent sehen in der Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle am Standort ein „geringes Risiko“. Das entspricht dem bundesweiten Ergebnis: Rund ein Drittel der 3500 Befragten erkennt im Zwischenlager ein „ziemlich hohes Risiko“ und knapp die Hälfte hält die Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle für ein „geringes Risiko“.

„Die Umfrageergebnisse liefern uns wichtige Erkenntnisse über den Informationsstand und das Stimmungsbild an unseren Standorten, die Ergebnisse werden wir in unsere Arbeit aufnehmen“, sagt die Vorsitzende der BGZ-Geschäftsführung Bettina Hesse. Die Umfrage ist online einsehbar unter: <https://shorturl.at/jqsGV>